

# WDR-Studie über Altersarmut: Auf Hartz-IV-Niveau: Ab 2030 droht fast jedem Zweiten eine Armutsrente

 [www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/auf-hartz-iv-niveau-ab-2030-droht-fast-jedem-zweiten-eine-armutsrente\\_id\\_5428568.html](http://www.focus.de/finanzen/altersvorsorge/auf-hartz-iv-niveau-ab-2030-droht-fast-jedem-zweiten-eine-armutsrente_id_5428568.html)

Dienstag, 12.04.2016, 05:10

Deutschland steht vor einem erheblichen Zuwachs der Altersarmut: Fast jedem zweiten Bundesbürger, der ab 2030 in Rente geht, droht eine Altersversorgung aus der gesetzlichen Rentenversicherung unterhalb der Armutsgrenze.

Beinahe die Hälfte der Rentnerinnen und Rentner wären dann möglicherweise abhängig von staatlichen Grundsicherungsleistungen, also faktisch Hartz-IV-Empfänger. Das haben Recherchen und Berechnungen des [WDR](#) ergeben.

## Abschmelzen der Rentenhöhe kein neues Phänomen

Wichtigster Grund dafür ist das sinkende Niveau der gesetzlichen Rente. Von 2030 an soll es auf bis zu 43,5 Prozent des Durchschnittslohns der gesamten Lebensarbeitszeit fallen. Derzeit liegt das Rentenniveau noch bei knapp 48 Prozent. Das Abschmelzen der Rentenhöhe ist schon vor vielen Jahren unter der rot-grünen Regierung von Gerhard Schröder beschlossen worden. Durch die WDR-Berechnung werden die Folgen erkennbar. Der Prognose liegt eine Betrachtung zugrunde, die sich auf den heutigen Arbeitsmarkt und die Verteilung der [Bruttoeinkommen](#) stützt. Wenn man annimmt, dass diese Verteilung in den nächsten Jahren weitgehend stabil bleibt, dann verdient heute ein Großteil der Beschäftigten zu wenig, um später eine höhere Rente zu bekommen.

Dass eine solche Betrachtung plausibel ist, bestätigen Ökonomen verschiedener Denkschulen, wie der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Prof. Rudolf Hickel oder der Arbeitsmarktexperte Werner Eichhorst vom Bonner Institut zur Zukunft der Arbeit. Beide weisen gegenüber dem WDR darauf hin, dass der Arbeitsmarkt derzeit in einer sehr stabilen Verfassung sei, dass es einen hohen Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung gebe und eine niedrige Arbeitslosenquote. Doch selbst unter diesen guten Randbedingungen seien die Aussichten für einen großen Teil der künftigen Rentner schlecht.

## Niedrige Löhne verursachen Probleme bei der Rente

Ursache dafür sind neben dem sinkenden Rentenniveau auch niedrige Löhne etwa im Einzelhandel oder im Gastgewerbe, die hohe Zahl teilzeitbeschäftigter Arbeitnehmer sowie der wachsende Anteil von Mini-Jobbern oder Solo-Selbstständigen am Arbeitsmarkt. In all diesen Gruppen ist den WDR-Berechnungen zufolge das künftige Armutsrisiko im Alter massiv. Das gilt auch für Langzeitarbeitslose und Menschen, die nicht mehr voll erwerbsfähig sind und deshalb schon vor der Altersgrenze Zahlungen aus dem Rentensystem bekommen.

In der Betrachtung bleiben Leistungen aus einer privaten [Altersvorsorge](#) unberücksichtigt, weil Privatvorsorge gesetzlich nicht verpflichtend ist und von den Einzelnen höchst unterschiedlich betrieben wird, häufig auch überhaupt nicht. Tatsächlich sorgt beispielsweise nur ein kleiner Bruchteil aller Arbeitnehmer per Riester-Rente privat für das Alter vor.

## Über 40 Prozent der Arbeitnehmer gefährdet

Wenn die Rentenhöhe wie geplant bis 2030 sinkt, laufen demnach allein von den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern über 40 Prozent Gefahr, im Alter auf Grundsicherungsniveau zu landen. Zwar rechnen Arbeitsmarktexperten damit, dass die Zahl sozialversicherungspflichtiger Jobs in den nächsten Jahren durchaus steigt. Besonders deutlich dürfte dieser Anstieg allerdings in den eher gering entlohnten Dienstleistungsbereichen erfolgen und damit die Rentenaussichten für die Beschäftigten insgesamt nicht verbessern.

Um eine Rente über dem Grundsicherungsniveau zu bekommen, müsste ein Arbeitnehmer nach heutigem Stand 40 Jahre lang ununterbrochen mindestens 2100 Euro brutto im Monat verdienen. Dass die im Moment politisch diskutierte Lebensleistungsrente an der prekären Finanzlage vieler künftiger Rentner etwas ändert, ist kaum zu erwarten. Die Rede ist derzeit lediglich von einer Aufstockung von maximal 20 Euro gegenüber der Grundsicherungshöhe.

## GroKo-Sozialpolitiker diskutieren weitere Rentenreform

Die Frage nach der Zukunft der Renten in Deutschland beschäftigt auch das derzeitige Regierungsbündnis. In der Großen Koalition diskutieren Sozialpolitiker indes eine weitere Rentenreform. Wie die Dienstagsausgabe von „Bild“ aus CSU-Kreisen erfuhr, soll Bayerns Sozialministerin Emilia Müller (CSU) ein eigenes Konzept für die CSU erarbeiten. „Mein Ziel ist es, dass unsere Rentner auch in Zukunft nach einem arbeitsreichen Leben von ihrer Rente leben können. Wer sein Leben lang gearbeitet hat, soll im Alter finanziell versorgt sein“, sagte Müller.

Auch CDU-Rentenexperte Peter Weiß sieht Handlungsbedarf: „Eine Stabilisierung des Rentenniveaus für die Zukunft ist notwendig, weil die derzeitige gesetzliche Regelung keine Untergrenze nach 2030 kennt. Aber gleichzeitig bleibt zusätzliche Altersvorsorge notwendig. Deshalb da keine Abstriche. Vor allem die betriebliche Altersvorsorge wollen wir verbessern.“

## Im Video: Bezüge für arme Rentner aufstocken - Andrea Nahles macht 180 Millionen für die Solidarrente locker

re/ots

HINWEIS: Sie waren einige Zeit inaktiv.

Ihr zuletzt gelesener Artikel wurde hier für Sie gemerkt.

[Zurück zum Artikel](#)